

Auf Antrag der SPD-Fraktion wird im Schulausschuss aus der Praxis der Schulsozialarbeit berichtet.

Dr. Storch macht deutlich, dass die Zuständigkeit bei arbeitsrechtlichen Fragen nicht in den Schulausschuss sondern in den Personalausschuss und Rat gehöre. Wunschgemäß soll das Thema aber auch im Schulausschuss behandelt werden, da es auch schulische Belange berührt.

Herr Strausfeld und Herr Utsch bewerten die Schulsozialarbeit generell positiv, haben jedoch auch Vorbehalte aufgrund der Finanzierung. Während sich Grüne und BfE genau wie die SPD für die Entfristung der Stellen aussprechen, ergänzt Herr Trendelkamp dies um die Forderung, endlich eine klare politische Position zu beziehen.

Herr Strausfeld stellt klar, dass ein negatives Votum zum SPD Antrag nicht als Ablehnung der Schulsozialarbeit verstanden werden soll.

Herrn Utsch beschäftigt die Frage, im Falle einer positiven Beschlussempfehlung an den Rat und einer negativen durch den Personalausschuss, welches Votum bindend ist.

Dr. Storch erklärt, dass der Beschluss des Rates bindend ist und eine positive Entscheidung zur Entfristung der Stellen einer Prüfung durch die Kommunalaufsicht standhalten muss. Dies wird von Personalamtsleiter Herrn Derscheid bestätigt. Er macht auch darauf aufmerksam, dass es noch nicht geklärt ist, ob die Schulsozialarbeit Kommunal- oder Landessache sei. Außerdem sind die Stellen nicht im Stellenplan erhalten. Dr. Storch gibt an, solange das Land NRW durch einen entsprechenden Landtagsbeschluss keine dauerhafte Förderung von 60 Prozent garantiert, kann keine Entfristung der Stellen durchgeführt werden.

Frau Vetter stellt die Schulsozialarbeiterinnen namentlich vor. Durch eine Präsentation bekommen die Ausschussmitglieder einen Einblick in die Arbeit. Neben einigen Fallbeispielen wird die Wertigkeit und Bedeutung der Schulsozialarbeit hervorgehoben. Im weiteren Verlauf entsteht eine lebhafte Diskussion über die Arbeit und Finanzierung der Schulsozialarbeit. Während Herr Ahr einen höheren Bedarf an der Sekundarschule sieht, stellt Herr Utsch fest, dass man früher auch keine Schulsozialarbeit hatte und man die Notwendigkeit gegenüber dem Steuerzahler rechtfertigen muss.

Schulleiterin Frau Philipps vom Gymnasium verdeutlicht, dass sich die Gesellschaft und Erziehung verändert hat und auch der Anteil von Kindern mit psychischen Problemen gestiegen ist.

Herr Kocea, Schulleiter des Grundschulverbunds Eitorf/Harmonie stellt fest, dass Leute gebraucht werden, um jedem Kind einen vernünftigen Lebensweg aufzuzeichnen.

Dr. Storch macht darauf aufmerksam, dass sich alle Fraktionen zu dem Thema positioniert haben und die Schulsozialarbeit einen hohen Stellenwert genießt. Daher empfiehlt Dr. Storch der SPD-Fraktion erst einmal auf den Antrag im Schulausschuss zu verzichten und ihn im Personalausschuss wieder aufleben zu lassen.

Frau Ziegenhohn von der SPD folgt dem Rat des Bürgermeisters und verzichtet auf die Abstimmung.

Dr. Storch gibt bekannt, dass die SPD-Fraktion im heutigen Schulausschuss nicht auf Abstimmung besteht, weil es ein fachspezifisches Thema für den Personalausschuss ist. Daher beantragt die SPD über ihren Antrag im Personalausschuss abstimmen zu lassen.